

Stellungnahme zum Stadthaushalt 2012

In der heutigen abschließenden Diskussion und Entscheidung zum Haushalt der Stadt für das Jahr 2012 geht es nicht mehr um einzelne Zahlen des Haushalts, sondern um die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Stadt insgesamt. Die Haushaltsdebatte ist die Sternstunde der parlamentarischen Arbeit. Es geht um die Frage, ob die aktuelle Haushaltspolitik den Anforderungen für das nächste und die Folgejahre genügt und eine nachhaltige Entwicklung der Stadt gesichert wird. Diese Frage ist mit einem klaren Nein zu beantworten.

Es ist festzustellen:

1. Städtische Haushaltspolitik orientiert sich zu wenig an den Interessen der Eberswalder Bürger.
Für diese Aussage kann exemplarisch die Haltung der Verwaltung und großer Teile der Abgeordneten zum Thema Rekommunalisierung der Energiewirtschaft der Stadt Eberswalde stehen. Es sind drei Jahre vergangen, seit der Neuabschluss der Konzessionsverträge für die Gas- und Stromnetze auf der Tagesordnung steht. Im Zusammenhang mit dieser Frage steht auch die Rekommunalisierung der Energiewirtschaft auf der Tagesordnung.
Während bundesweit in vielen Städten neue Stadtwerke gegründet wurden, gibt es in Eberswalde noch nicht einmal einen Grundsatzbeschluss zu dieser Frage. Unverkennbar ist, dass die Verwaltung den Prozess der Rekommunalisierung eher bremst als befördert.
Es ist nicht einzusehen, warum die großen Chancen zur Senkung der Energiekosten für die Bürger, für die städtischen Energieverbraucher und Unternehmen nicht genutzt werden sollen. (z.B. hat Oranienburg mit dem Haushalt 2012 Kurs auf kompletten Rückkauf der Stadtwerkeanteile vom Mitgesellschafter genommen.)
2. Die städtische Haushaltspolitik ist vor allem durch eine einseitige Orientierung auf Möglichkeiten der Fördermittelanspruchnahme geprägt. Schon Bürgermeister Schulz rühmte sich gegenüber dem Hamburger Stern, am besten zu wissen, wie man Fördermittel „abreifen“ kann. Dieses Talent ist bis heute meist gefragt. Bei 80 % Förderung geht jedoch das Prinzip der Nachhaltigkeit der Investitionen über Bord und Stadtentwicklungsfragen bleiben auf der Strecke.
Zum Beispiel bringt das im Hh-Entwurf enthaltene Bürgerbildungszentrum 130 T€ jährliche Folgekosten als kalkulierte Verluste für die Stadt, die sicher noch erheblich übertroffen werden, wenn die Herstellungs- und Betriebskosten nicht eingehalten werden.
Besser wäre es, solche Investitionen privaten Investoren zu überlassen.
3. Vorschläge im Rahmen des Bürgerhaushalts zum Verzicht auf weitere Investitionen, die nicht nachhaltig sind und /oder die Leistungsfähigkeit der Kommune überfordern, wurden nicht angenommen. Sie finden sich trotzdem im Haushaltsentwurf. Notwendig wäre aber, den
Wohnpark Finow privaten Investoren überlassen,
auf die Stadtpromenade zu verzichten und
Straßen in Finow und Ostende erst nach Zustimmung der Anwohner planen.
4. Die kommunalen Unternehmen werden vom Haushaltsentwurf nicht erfasst, gehören aber zur Wirtschafts- und Finanzstrategie der Stadt. Enthalten sind im Haushalt allerdings 100.000 € Verlustausgleich für die Technischen Werke und eine Rückstellung von 1 Millionen € jährlich als Vorsorge für den Fall, dass die

Stadt wegen ihrer Bürgschaften für Kredite der TWE in Anspruch genommen wird.

Seit Jahren fordern wir ein Sanierungskonzept für die TWE. Nach anfänglich ausweichenden Antworten folgte die Zusage einer „schnellst möglichen“ Erarbeitung. Inzwischen wird statt am Sanierungskonzept an der Vorsorge vor der Pleite gearbeitet für den Tag, an dem die Erlöse aus dem Stadtwerkeverkauf in Höhe von 29 Millionen Euro aufgebraucht sind. Ein solcher Umgang mit dem Geld der Bürger ist unverantwortlich. Erforderlich ist im Interesse der Erhaltung des BAFF die Trennung von allen unwirtschaftlichen Sparten und der längst entbehrlichen Tochter WFGE.

5. Der momentane Verzicht auf den Eichwerder Rings ist nicht Ergebnis einziehender Vernunft in der Zentrumsplanung, sondern auf außerstädtische Entscheidungen zurück zu führen. Aber auch für weitere Entscheidungen zur Innenstadtgestaltung muss Vernunft und Verantwortungsbewusstsein eingefordert werden. Es kann nicht sein, dass mit der Bebauung der Friedrich-Ebert-Straße Süd durch die WHG Prestigepläne umgesetzt werden, die eine Gefährdung der Wirtschaftlichkeit der WHG in Verbindung mit einer Belastung für die Stadt bedeuten (jetzt 20 Mio € lt. MOZ vom 13.12.11). Zudem können die vorgeblichen Ziele nicht erreicht werden, sondern steht das Projekt einer gesunden Stadtentwicklung entgegen.
6. Es ist erforderlich, die Planungen für die Gestaltung des Stadtzentrums zu überarbeiten. Verzicht auf eine weitere Verdichtung der Bebauung, Schonung und Entwicklung der Grün- und Freiflächen, bessere Berücksichtigung einer ausgewogenen Stadtteilentwicklung.
7. Insgesamt ist einzuschätzen, dass die Auffassung, dass die Anstrengungen zur Aufstellung eines ausgeglichenen Haushaltes ungenügend sind. Nicht zwingend erforderliche Ausgaben z.B. für den „externen Sachverstand“, Zuschüsse an den Landkreis und für die Stadt nachteilige Geschäfte (– Ja, Bürgermeister Boginski hat Recht, die Stadt hat nichts zu verschenken, aber trotzdem verschenkt sie -) Flächentausch mit dem Landkreis mit nachfolgenden Abrisskosten, Eigenanteile bei geförderten Investitionen und Ähnliches schmälern die Leistungsfähigkeit der Stadt. Auch trotz permanenter Klagen über die knappe Personaldecke gibt es Möglichkeiten zur Senkung der Personalkosten (z.B. im Bereich der Wirtschaftsförderung und in der Begrenzung der Personalstellen mit hohen Gehaltsgruppen). Es ist nicht zu akzeptieren, dass relativ großzügig auf die schwindenden Reserven zugegriffen wird.

Dies sind die wichtigsten Gründe für die Ablehnung des Haushalts.